

AG „Bundeswehr und öffentliche Schulen“ des Landeselternausschusses Berlin:

„Militärpädagogik an zivilen Schulen?“

Auf der letzten Sitzung des Landeselternausschusses vom 18.03.2011 wurde eine Einladung zu einer neu zu gründenden AG zum Thema Militärauftritte in Schulen beschlossen. Die Sitzung findet, wie für AGs üblich, im Rahmen der offenen Vorstandssitzung des LEA jeden 1. Mittwoch im Monat statt. Sie soll für interessierte ElternvertreterInnen aus den Bezirken, aber auch einzelnen Elternteilen offenstehen, die sich genauer mit dem Thema beschäftigen wollen. Daher ist die Verbreitung der AG-Termine über die BEAs ausdrücklich erwünscht.

Hintergrund der Gründung dieser AG ist die Aufforderung des damaligen Verteidigungsministers zu Guttenberg im Tagesspiegel vom 17. Mai 2010. Hier ermunterte er die Schulen, „angesichts der zunehmenden Ablehnung des Afghanistaneinsatzes bei den Bundesbürgern“, ihre Türen für Bundeswehrsoldaten mit Einsatzerfahrung zu öffnen.¹ Diese Öffnung obliegt in Berlin den einzelnen Schulen, muss also dort auch entschieden werden.

In der letzten Sitzung des LEA wurde auf Unterscheidung zwischen politischer Bildung durch die Bundeswehr und Werbung an Schulen für den Kriegsdienst hingewiesen. Oft werden erstere im Rahmen des PW-Unterrichts durch einen Jugendoffizier abgehalten. Selbst wenn die Veranstaltung außerschulisch stattfindet, besteht meist Anwesenheitspflicht für die SchülerInnen. Die Werbeveranstaltung läuft häufig als normale Berufsinformation, muss aber rechtlich gesehen, deutlich getrennt durch einen Wehrdienstberater stattfinden. Die LandeschülerInnenvertretung wies jedoch auf einer Veranstaltung im BEA Friedrichshain/Kreuzberg darauf hin, dass die Grenzen zwischen politischer Information und Werbung in der Praxis oft fließend sind.

In den letzten Jahren sind in verschiedenen Bundesländern neben **Kooperationsabkommen** mit Arbeitsämtern, Kinder- und Jugendeinrichtungen, auch Kooperationsabkommen zwischen den Kultusministerien und Militär geschlossen worden. Durch diese soll u.a. auch gezielt die Zusammenarbeit zwischen Armee und Schule gefördert werden.

Obwohl es in Berlin ein derartiges Abkommen nicht gibt, wurde erst durch Rückmeldung von SchülerInnen deutlich, dass die Dimension des Einsatzes von Jugendoffizieren an Berliner Schulen größer ist, als bisher angenommen, berichtet die LandeschülerInnenvertretung.

Konkreter Anlass zur Gründung der AG war u.a. der Hinweis auf der letzten LEA-Sitzung auf Briefe der Bundeswehr an die Berliner Schulen, in denen für eine Zusammenarbeit geworben wird.

¹ <http://www.tagesspiegel.de/politik/bundeswehr-in-kundus-angegriffen/1839812.html>

Zielsetzung der AG ist das Thema: „Militärpädagogik an zivilen Schulen?“ so knapp, wie möglich und so umfassend wie nötig, zusammenzufassen und auf dieser Grundlage in einer der kommenden LEA-Sitzungen zu behandeln. Diese Zusammenfassung soll bei Bedarf auch eine kenntnisreiche Diskussion in den GEVs der einzelnen Schulen zu ermöglichen.

Vorgeschlagene Themen für zukünftige AG-Sitzungen:

- **Militär in Schule und Kindergärten**
- **Verstärkter Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen**
- **Kooperationsabkommen zwischen Militär und Kultusministerien in anderen Bundesländern**
- **Bildungsnotstand und Militärpädagogik**
- **Ziele militärischer Informationsarbeit an Schulen**
- **Anwesenheitspflicht bei Militärveranstaltungen an unseren Schulen > Strategiespiele**
- **Militärpädagogen vermitteln Sicherheitspolitik im PW-Unterricht ohne das Wissen von Eltern**
- **Jugendarbeitslosigkeit und Werbung für den Kriegsdienst**
- **Werbung für das Unternehmen Bundeswehr – Ausbildung zum Kriegsdienst als Beruf**
- **Einbeziehung von Stellungnahmen von SchülerInnen, StudentInnen, Eltern und LehrerInnen**

Ergänzungen erwünscht!

Das nächste Treffen ist am Mittwoch, den 04.05.2011 um 19:00 im Treffpunkt „Wandel“ in der Otto-Braun-Straße 27, 10178 Berlin.